

GEMEINSAM. SELBSTSTÄNDIG.

Mitgliederbrief | 8.7.2020



Mitgliederbrief ver.di Selbstständige

Liebe*r Kolleg*in,

heute soll das einheitliche Bundesportal an den Start gehen, über das die neue Corona-"Überbrückungshilfe" bis Ende August (rückwirkend ab Juni) beantragt werden kann. – Für die allermeisten Solo-Selbstständigen in der Einkommenskrise ist das, was der Bundestag am 2. Juli als Nachfolge der verkorksten "Soforthilfe" beschloss, die Schmalspurversion einer Mini-Unterstützung.

Der Bund bleibt stur

Die Bedingungen sprechen eine deutliche Sprache der Ignoranz für die besondere Lebenssituation jener Erwerbstätigen, bei denen berufliche und private Kosten unmittelbar verquickt sind: Sie bleiben in Sachen Wirtschaftsförderung außen vor und werden bei Einkommensausfall weiterhin auf die Grundsicherung als letzte Haltelinie verwiesen: Auch bei der Überbrückungshilfe sind ausschließlich laufende betriebliche Fixkosten förderfähig, die zudem nur noch über Steuerberater*innen oder Wirtschaftsprüfer*innen beantragt werden können. Welche Posten als Fixkosten gelten, findest du wohl demnächst auf dem Portal des Bundes und derzeit bereits in einer ersten [FAQ aus Nordrhein-Westfalen](#) unter dem Punkt "Förderfähige Kosten".

Wie befürchtet ist der Bund also stur geblieben und bleibt dabei:

"Lebenshaltungskosten oder ein Unternehmerlohn sind nicht förderfähig." – In der Konsequenz dieser Logik wurde der "erleichterte Zugang zur Grundsicherung" (der sich in der Praxis als gar nicht so einfach herausgestellt hat) einstweilen per '[Vereinfachter-Zugang-Verlängerungsverordnung](#)' (VZVV) bis Ende September 2020 verlängert. (Das Wichtigste zum Umgang mit der Grundsicherung haben wir in einer [Broschüre](#) zusammengestellt.)

Länder in der Verantwortung

Weil wir frühzeitig erkennen mussten, dass die Chance in absehbarer Zeit wirksame Hilfen vom Bund zu erhalten gering ist, orientieren wir seit Monaten darauf, auch die Länder an ihre Verantwortung zu erinnern. Als vergleichsweise großer Zwischenerfolg kann da verbucht werden, dass Ende Juni Nordrhein-Westfalen ([PM 25.6.](#)) und Baden-Württemberg ([PM 30.6.](#)) angekündigt haben, über eigene Länderprogramme ergänzend zur Bundes-Überbrückungshilfe auch Lebenshaltungskosten bis zu 1.000 € bzw. 1.180 € monatlich anzuerkennen. – Auch wenn jetzt in der Politik die Sommerpause ansteht: Wir alle werden aktiv bleiben (müssen), damit sich andere Bundesländer ebenfalls ihrer Verantwortung stellen, die sich nicht in Appellen an den Bund erschöpfen können. Aus unserer Sicht haben wir mit sehr vielen gemeinsamen Aktionen bislang einen Aufmerksamkeitserfolg in allen Bundesländern errungen und regional zusätzlich materiell das Minimum einer

Akuthilfe. Das ist ausbaufähig, aber trotzdem: Es hat sich gelohnt, insbesondere die Länder im Blick zu behalten und mit Aktionen zu beglücken, statt nur beim (hartleibigen) Bund um Änderungen zu bitten.

Jetzt und in Zukunft: Solidarität untereinander zeigen

Für uns lautet das Zwischenfazit: Trotz stark gestiegener gesellschaftlicher Wahrnehmung der Solo-Selbstständigen hat es akut nicht gereicht, die Politik zu überzeugen, kurzfristig die systemischen Schwächen auszugleichen, die sich über Jahrzehnte angehäuft haben und nicht angegangen wurden. Derzeit gilt damit wohl, was eine Kollegin unter eine unserer [Facebook-Meldungen](#) zum Thema Bundeshilfen schrieb: "Der Drops ist gelutscht." Da sind nun viele weitere (Re-)Aktionen nötig und möglich – unterstützenswert ist auf jeden Fall der Appell der Kollegin: "Solidarität untereinander zu zeigen und sich im kommenden Wettbewerb nicht gegenseitig mit absurd unvernünftig zu niedrigen Honoraren zu unterbieten. Denkt an Eure persönliche Alters- und Eigensicherung."

Jetzt für gerechte Alternativen streiten

Für uns zeigten die Krise und die Reaktion der Politik: die angemessene Integration Solo-Selbstständiger in Wirtschaft und Sozialstaat ist nur noch drängender geworden. Die steigende Einsicht, dass einige der heute geltenden Bestimmungen auf den Prüfstand gehören, macht Mut. Aber wir müssen sie auch dafür nutzen, unter uns und mit der Politik zu diskutieren, welche Grundregeln wie zu ändern sind. Dass das manchmal Jahre dauern kann, wissen wir. Vielleicht geht mit der Krisenerfahrung manches schneller. – Für unseren Erfolg, den Mindestbeitrags bei den gesetzlichen Krankenkassen zu senken, mussten wir beispielsweise über zehn Jahre streiten. So viel Zeit haben wir für die vor uns stehenden Aufgaben eigentlich nicht.

Es geht jetzt darum, schnell und nachhaltig Lehren zu ziehen, gerechte generelle Bedingungen für alle Erwerbsformen zu schaffen, damit kurzfristige Bypass-Lösungen für einzelne Status oder Branchen überflüssig werden.

Selbstverständlich haben wir auch die Kurzstrecke im Blick, aber die akuten Probleme sollten nicht den Blick auf die systemischen Fragen verstellen: Für gewerkschaftlich organisierte Selbstständige stellen sich im Umgang mit der Krise und deren Folgen durchaus grundsätzliche Fragen zu Gerechtigkeit, Lastenverteilung und Wertschätzung von Arbeit(sformen). Auch über die Grenzen der Erwerbsform hinaus. Der Umgang mit Erwerbstätigen im Niedrigeinkommensbereich beispielsweise könnte und sollte nach unserer Überzeugung grundlegender diskutiert werden. Dass darauf weder das Wirtschaftsministerium noch 'die Wirtschaft' und deren Verbände Wert legen, haben wir gerade in den letzten Monaten verstärkt erfahren. Aber auch untereinander sind solche Fragen wohl noch nicht ausdiskutiert.

Gemeinsam mit Bündnispartner*innen die Arbeitswelt (um)gestalten

Schon bald stehen Verteilungskämpfe auf allen Ebenen an (Stichwort: "Wer zahlt für die Krise?"). Um gerechte Lösungen zu finden und durchzusetzen, werden wir breite Allianzen brauchen. Die informellen Kooperationen und Bündnisse der letzten Monate haben gezeigt, was da möglich ist. Wir sind eine plurale, basisdemokratische Organisation. Traut euch, auf allen Ebenen einmal genauer ausloten, mit welchen Bündnispartner*innen wir die Bedingungen der zukünftigen Arbeitswelt und die Gesellschaft aktiv gestalten sollten.

Die derzeit größte Baustelle für Selbstständige ist aus unserer Sicht (neben der Altersvorsorge) ganz offensichtlich die Absicherung bei Erwerbslosigkeit. Seit vielen Jahren fordern wir, den Zugang zur Arbeitslosenversicherung für alle Selbstständigen zu öffnen – ohne die heutigen Sonderregeln und Benachteiligungen. Mehr dazu findest du in einem der nächsten Rundbriefe.

Bis dahin grüßt dich
dein Team aus dem Referat Selbstständige

Unter <https://www.facebook.com/Selbststaendige> und im [Corona-Infopool](#) halten wir dich auf dem Laufenden, was sich in Sachen Solo-Selbstständige und Pandemiefolgen tut.

(Wer Facebook meiden will, findet die allgemeinen News gespiegelt auf <http://selbststaendigenpolitik.teamtwo.net/> – dort fasst unser aktiver Kollege Wolfgang die Meldungen zeitnah zusammen.)

Bitte informiere uns unter selbststaendige@verdi.de über alle aktuellen Aktionen, Kooperationen und Anliegen, damit wir Informationen zusammenführen, in die gemeinsame Diskussion, die Öffentlichkeit und die Politik einbringen können!

gemeinsam.selbstständig.denken



Die Gewerkschaft ver.di ist eine hörbare Stimme in Gesellschaft und Politik. – In ihr sind rund 30.000 Selbstständige aller Dienstleistungs- und Wissensberufe gemeinsam aktiv für ihre Interessen.

Ob soziale Sicherung, Konflikte mit Auftraggebern oder Gestaltung von Politik: In ver.di organisierte Selbstständige können sich auf das Gewicht und die Unterstützung einer großen demokratischen Gemeinschaft verlassen.

Inhaltlich verantwortlich gemäß § 55 Rundfunkstaatsvertrag und Abs. 5 Telemediengesetz:

Veronika Mirschel
ver.di Referat Selbstständige ver.di Bundesverwaltung,
Paula -Thiede-Ufer 10 10179 Berlin

<https://selbststaendige.verdi.de>
Mail: selbststaendige@verdi.de